



Hiltrud Breyer MdEP

8 G 265, Rue Wiertz, B – 1047 Brüssel

Tel.: 0032-2-284 52 87, Fax: 0032-2-284 92 87

Straßburg: Tel.: 0033-3-88-17 52 87, Fax: 0033-3-88-17 92 87

E-Mail: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu

Internet: www.hiltrud-breyer.eu

Gibt es bald keine Pestizide mehr? Die Fakten über die Zahlen der Industrie

Ende September hat im Europaparlament die 2.Lesung zur Überarbeitung der EU-Zulassungsregeln für Pestizide begonnen. Für Wirbel und Besorgnis sorgen Studien und Behauptungen der Pestizidindustrie und von Landwirtschaftsvertretern, wonach durch die neuen Vorschriften aus Brüssel bis zu 85% aller Pestizide vom Markt verschwinden. Dies führe zu Resistenzbildung, Verteuerung der Lebensmittel und Lebensmittelimporten mit zweifelhafter Qualität. Diese Zahlen basieren auf falschen, überhöhten Berechnungen und sind Panikmache, die eine sachliche Diskussion über die für Gesundheit und Umwelt notwendigen Verbesserungen durch das neue Gesetz zu verhindern suchen.

Viele Pressemitteilungen und Lobbybriefe nehmen eine Studie des britischen **Pesticide Safety Directorate PSD (1)** als Basis. Diese Studie hat 286 Wirkstoffe untersucht und die von EU-Kommission und Europaparlament vorgesehenen Ausschlusskriterien angelegt. Sie behauptet, dass durch das Verbot der krebserregenden, erbgut- oder fortpflanzungsschädigenden CMR-Stoffe plus der hormonell wirksamen Stoffe (endokrine Disruptoren) 5-15% weniger Wirkstoffe zur Verfügung stehen, durch die vom Europaparlament in 1.Lesung vorgesehenen weiteren Ausschlusskriterien 35-40% weniger Stoffe. PSD kommt zum Ergebnis, dass der Substitutionsmechanismus der Position des Europaparlaments zu einem Verlust von bis zu 85% aller Stoffe führen würde.

Die EU-Kommission selbst kritisiert die Methodologie der PSD-Berechnungen. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Zulassungskriterien keine großen Auswirkungen haben werden auf Ernteertrag und Lebensmittelqualität. Die PSD Studie sei eine „**unrealistische Überschätzung**“. Laut Berechnung der EU-Kommission sind durch die Ausschlusskriterien lediglich 22 von 500 Wirkstoffen betroffen (weniger als 2% durch CMR Kategorie 1 und 2 Verbot, weniger als 4% durch endokrine Disruptoren).

Das kritisiert die EU-Kommission

- **Willkürliche Wirkstoffzahl:** die Studie nimmt zur Berechnung eine willkürliche Zahl von Wirkstoffen, die weder die aktuell zur Verfügung stehenden Wirkstoffe darstellt noch die Zahl der Wirkstoffe nach Abschluss der zur Zeit laufenden Überprüfung. Sie betrachtet nur 286 Substanzen statt der 500, die bereits zugelassen sind oder noch evaluiert werden. Dies führt laut EU-Kommission zu einer Überschätzung der Auswirkungen der neuen Zulassungskriterien.
- **Ungenauere Klassifizierung:** PSD zählt zu den endokrinen Disruptoren (EDs) Wirkstoffe, über deren endgültige Klassifizierung noch gar nicht entschieden ist. Es

1 Siehe:

[http://www.pesticides.gov.uk/uploadedfiles/Web_Assets/PSD/Impact_report_final_\(May%202008\)\(1\).pdf](http://www.pesticides.gov.uk/uploadedfiles/Web_Assets/PSD/Impact_report_final_(May%202008)(1).pdf)

können z.B. nicht alle Klassen der "Triazole" und "Dithiocarbamate" als EDs eingestuft werden, die dann wegfallen würden.

- **Ausnahmeklausel:** Aufgrund der von den EU-Agrarministern vorgesehenen Ausnahmeklausel beim Verbot hochgefährlicher Pestizide können Wirkstoffe weiter zur Verfügung stehen. Dies hat die PSD Studie nicht eingerechnet.
- **Inkrafttreten der Regelungen:** Für die aktuell zugelassenen Wirkstoffe gelten die neuen Regelungen nicht, das heißt sie greifen für die Substanzen erst, wenn es um ihre Wiedezulassung geht. Für die meisten damit erst ab 2016.

Ausschlusskriterium nicht gleich Substitution

Neben den von der EU-Kommission vorgetragenen Kritik ist die PSD Studie aus einem weiteren Grund abzulehnen. Es ist unwissenschaftlich und politisch unverantwortlich, Substanzen, die unter die Ausschlusskriterien fallen gleichzusetzen mit zu substituierenden Stoffen, wie das die PSD Studie getan hat. Erstens werden für zu ersetzende Stoffe neue zur Verfügung stehen, denn sonst müssten die problematischen Stoffe nicht ersetzt werden. Zweitens gibt es keinen Automatismus der Substitution. Ein Stoff fällt nicht zwingend weg, wenn er auf der Liste der Substitutionskandidaten steht.

Die EU-Kommission hat drei genaue Kriterien festgelegt, wann ein Stoff ersetzt werden muss:

1. Die Alternative muss ein deutlich geringeres Risiko für Umwelt und Gesundheit aufweisen,
2. es dürfen keine wirtschaftlichen und praktischen Nachteile für die Verwender entstehen,
3. es darf keine Resistenzproblematik entstehen

Diesen drei Kriterien haben die EU-Agrarminister noch ein viertes hinzugefügt:

4. Die Auswirkungen für Obst- und Gemüseanbau (geringfügige Verwendung) müssen berücksichtigt werden

Wenn die genannten Kriterien erfüllt sind, sind nach den Vorstellungen des Europaparlaments die Stoffe für 2 Jahre zugelassen, nach Vorstellung der EU-Agrarminister für bis zu 5 Jahre. Es gibt somit keinesfalls einen Wegfall des "Werkzeugkastens" von heute auf morgen - allenfalls werden einzelne "Werkzeuge", für die es bessere Alternativen gibt, ersetzt.

POP Definition angepasst an internationale Standards

Die **European Crop Protection Association ECPA** hat im November 2007 ihre Berechnungen zu den Auswirkungen der neuen Zulassungsregeln vorgelegt. Diese liegen für gleiche Wirkstoffe grundsätzlich höher als die Zahlen der EU-Kommission. ECPA warnt kontinuierlich davor, dass durch die Forderungen des Europaparlaments 80% aller Insektizide und 70% aller Fungizide wegfallen würden.

- Für CMR 1,2 rechnet ECPA mit einem Wegfall von 3 - 7%, die EU-Kommission mit 2%

- Für Wirkstoffe die neurotoxisch wirken geht ECPA von 15-20% aus; laut einer Studie im Auftrag des EP-Umweltausschusses fallen nur 3 Stoffe weg (2), laut der PSD Studie sogar gar keine.
- Für Wirkstoffe, die das Immunsystem schädigen geht ECPA von weniger als 1% Wegfall aus.
- Größter Block in der ECPA Schätzung sind die Wirkstoffe, die als Persistent Organic Pollutor POP wegfallen würden. ECPA geht hier von 55 - 70% aus, wenn die Vorschläge des Europaparlaments in 1.Lesung so bestehen bleiben.

Dies tun sie aber gerade nicht. Die Berichterstatterin hat für die 2. Lesung die POP Definition den internationalen Kriterien angepasst. ECPA hat schon 2007 berechnet, dass davon weniger als 1% betroffen sein werden, geht jedoch weiter mit der hohen Zahl von 70% bzw. 80% hausieren. Die ECPA muss endlich ihre Zahlen an die Realität anpassen.

ECPA geht weiterhin vom Wegfall von bis zu 20% aller Wirkstoffe aufgrund ihrer endokrinen Eigenschaften aus. Da es jedoch bis jetzt keine Definition für diese endokrinen Disruptoren gibt, bleibt die Frage bestehen, wie ECPA zu solch einer hohen Zahl kommt.

ECPA hat vor kurzem eine weitere Studie des European Centre for Agricultural, Regional and Environmental Policy Research (3) vorgestellt, laut der die Erntepreise durch die neuen Regelungen um 70% steigen werden. Konservativ geschätzt würden die Weizen- und Kartoffelpreise um mindestens ein Fünftel steigen. Die EU würde zum Nettoimporteur von wichtigen Lebensmitteln wird und die Kosten dafür die Verbraucherinnen und Verbraucher aufgebürdet. Die Studie warnt vor einer drastischen Reduktion der Optionen für Landwirte durch die neuen Regelungen. Diese Ergebnisse kommen zustande aufgrund nicht nachvollziehbarer Koeffizienten für Ertragsverluste. Außerdem wird der Fehler der PSD-Studie wiederholt: es werden wiederum Kandidaten für die Substitution gleichgesetzt mit Stoffen, die durch Ausschlusskriterien wegfallen. Dadurch verdreifacht sich der Effekt der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verbote. Ein methodisch haarsträubendes Vorgehen, welches nur ein Ziel hat: Panikmache.

Fazit

Die Industrie hat in zahlreichen Aufrufen an die Sachlichkeit der Debatte appelliert und gefordert, dass der Gesetzesvorschlag auf wissenschaftlichen Studien basieren solle. Diesen Anspruch der Wissenschaftlichkeit hält sie jedoch selbst nicht ein, ja verdreht ihn für gezielte Desinformation. Sie arbeitet in höchst unwissenschaftlicher Form mit aufgeblasenen Zahlen. Wie dies mehr Sachlichkeit in die Debatte bringen soll ist schleierhaft.

2 Siehe: <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=22471>

3 Siehe: <http://www.ecpa.be/website/page.asp?mi=1&cust=3&lang=en&news=17994>

Diese Zahlen sollten stattdessen diskutiert werden

Eine Studie im Auftrag des EP-Umweltausschusses vom September 2008 (4) kommt zum Ergebnis, dass die von der EU-Kommission und dem Europaparlament vorgeschlagenen Ausschlusskriterien zum Schutz der menschlichen Gesundheit gerechtfertigt sind. Untersucht wurden die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit durch den Wegfall von CMR 1,2; endokrinen Disruptoren und immuno- und neurotoxischen Stoffen. Die Untersuchung hat zahlreiche Studien ausgewertet, die den Zusammenhang zwischen gefährlichen Pestiziden und Krebs, Autismus, Reproduktionsschäden und weiteren gesundheitlichen Schäden aufzeigen.

- **Vergiftungen:** laut WHO sterben weltweit jährlich 300.000 Menschen durch Pestizidvergiftung. In Europa fallen konservativ geschätzt jährlich rd. 10 Mio. € Krankenhauskosten an infolge von Pestizidvergiftung sowie 2,5 Mio. € Kosten durch Arbeitsausfall.
- **Krebs:** jedes Jahr gibt es in der EU 3 Mio. neue Krebsfälle und 1,7 Mio. Tote durch Krebs. Wenn weniger als 1% dieser Krebsfälle durch Pestizide verursacht sind, dann könnten schon 26 Mrd. Euro eingespart werden jedes Jahr. Laut Berechnung des Pesticides Safety Directorate, könnten durch das Verbot von 7 Wirkstoffen allein in Großbritannien bis zu 709 Mio. Pfund in 30 Jahren eingespart werden. Hochgerechnet auf die EU bedeutet dies Einsparungen in Höhe von 3,568-7,160 Mrd. Euro für 30 Jahre, und zwar nur für die Landwirte und ihre Familien, die mit den Pestiziden in Kontakt kommen.
- **Autismus:** Autismus und andere kognitive Entwicklungsstörungen verursachen hohe gesellschaftliche Kosten. Laut einer US Studie kostet es 3,2 Mio. \$ eine autistische Person lebenslang zu betreuen, US Kosten pro Jahr für alle autistischen Personen belaufen sich auf 35 Mrd. Dollar. In Großbritannien wird geschätzt dass allein die Kosten für autistische Kinder sich auf 2,7 Mrd. Pfund pro Jahr belaufen, für Erwachsene auf 25 Mrd. Pfund - was nur für Großbritannien jährliche Kosten in Höhe von rund 28 Mrd. Pfund ergibt. In Schweden geht man von Kosten von 50,000 Euro pro autistisches Kind jährlich aus.
- **Nervensystem und Gehirn:** Blei als neurotoxische Chemikalie schädigt erwiesenermaßen die Gehirn- und Nervenentwicklung von Kindern. Laut einer US-amerikanischen Untersuchung belaufen sich die Kosten durch Bleivergiftungen jährlich auf 43,3 Mrd. Dollar. Hohe Bleibelastung senkt nachweislich den IQ von Kindern. Der durch die daraus resultierende niedrigere Produktivität wird auf 8.7 Mrd. Dollar jährlich geschätzt.

Nutznießer der neuen Regelungen werden zuallererst die Landwirte und ihre Familien sein, da sie ein erhöhtes Gesundheitsrisiko tragen, dadurch dass sie lange Zeit den schädlichen Wirkungen von Pestiziden ausgesetzt sind. Sie sind verantwortlich für die Lebensmittelproduktion und tragen das überproportionale Risiko und Kosten. Dies sollte in Betracht gezogen werden, wenn über angeblich hohe Lebensmittelpreise diskutiert wird.

4 Siehe: <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/download.do?file=22471>